Stopp trotz Karlsruher Erlaubnis

Tausende Antifaschisten blockierten Nazis in Dortmund

In der Liste der Städte, in denen Naziaufmärsche von Antifaschisten blockiert wurden, könnte bald auch Dortmund Aufnahme finden. Lange vor dem 4. September hat das bundesweite Bündnis »Dortmund stellt sich quer« einen Blockadeaufruf herausgegeben. Dessen Strategie ist weitgehend aufgegangen, wenn auch nur mit unfreiwilliger Hilfe der Polizei. Vor allem wirkte sich erfolgreich aus, dass über 40 Veranstaltungen von Initiativen und Vereinigungen in Dortmund am 4. September den Nazis für ihren 6. bundesweiten »Nationalen Antikriegstag« die Räume streitig machten. So konnte die Polizei den Nazis wenig Platz zum Marschieren und Hetzen bieten.



Hannah und Inge aus Duisburg kamen wie viele VVN-BdA-Mitglieder am 4. September zur Dortmunder Gedenkstätte Steinwache. Mit einer Mahnwache schützten sie die Ausstellung »Widerstand und Verfolgung 1933 – 1945« vor dem angekündigten Nazi-Aufmarsch. Blockaden, eine »Kulturtour« und 40 weitere antifaschistische Veranstaltungen kamen den Nazis in die Quere. Bild: Traute Sander

Und dann blieb das Marschieren ganz aus, und die 500 angereisten Braunen wurden per Polizeibus und Gefangenentransporter in die Hafennähe gebracht, wo drei Stunden lang Reden gehalten wurden, die von einer Qualität waren, dass die Nazis bis auf 20 vorzeitig den Platz verließen. Die Herrschaften waren frustriert, weil die Blockaden bereits auf dem Hauptbahnhof wirkten, so dass nur mit Hilfe brutaler Polizeieinsätze gegen die Antifaschisten und mildtätigen behördlichen Geleites die »Nationalisten« aus dem Zug und in die Busse gerieten. Die Straße blieb ihnen verwert. Eine weitere große Gruppe von 500 Nazis hatte es vorgezogen, nicht in den blockierten Bahnhof zu fahren, sondern in einem Dortmunder Vorort auszusteigen. Doch ihr Marsch zum Zentrum wurde von der Polizei gestoppt und Richtung Hamm umgeleitet. In Dortmund hatten schon Blockierer gewartet. Diese protestierten ungeachtet massiver Versammlungsverbote, Massenfestnahmen, Polizeikessel, Platz- und Ortsverweise.

Doch die Dortmunder Probleme bleiben bestehen. Jahrelang haben Stadt und Polizei in Dortmund zugesehen, wie die rechte Gewalt in der Stadt zunahm, linke Jugendliche und Migrantinnen und Migranten auf offener Straße angegriffen wurden und dann ganze Straßenzüge unter die Kontrolle von Neo-Nazis und »Autonomen Nationalisten« gerieten. Unter Beteiligung der Stadt haben jedoch in den letzten Monaten Koordinierungen von Kirchen, Parteien, Gewerkschaften und anderen Grup-

Dauerpräsenz der Nazis wird nicht hingenommen

pen, auch der VVN-BdA und des Bündnisses Dortmund gegen Rechts, gegriffen, so dass eine ständige Aufklärungsarbeit und andauerndes Widerstehen den Nazigruppen ihre Grenzen aufzeigen. Denn in und um Dortmund sind inzwischen gut 150 Nazis von jetzt auf gleich mobilisierungsfähig. Da ist es notwendig, die auswärtigen Nazikader wie am 4. September zu vertreiben – und gleichzeitig das alltägliche Netzwerk gegen rechts immer fester zu knüpfen.

Es wächst die Unzufriedenheit mit der Rolle der Polizei in diesem Prozess. Wenn eine Familie genervt vor den Drohungen der Nazis zurückweicht und den Schwerpunktstadtteil Dorstfeld verlässt, zuckt man die uniformierten Schultern. Bei Überfällen der Rechten auf linke Szenelokale erscheint die Polizei oft zögerlich. So auch wenige Tage vor dem »Nationalen Antikriegstag« – es muss hier nicht ausführlich betont werden, dass es besser »Kriegstag« heißt –, als nur ein kleiner Teil einer brutalen Schlägertruppe gefasst werden konnte. Dabei auch jener Falko Wolf aus Aachen, der in Dortmund das Nazitreffen mit vorbereitete und zugleich gefährliche Splitterbomben für den Einsatz gegen Linke bastelte. In Berlin war er damit aufgefallen. Und nun endlich, fünf vor zwölf entschloss sich Polizeipräsident Hans Schulze, den Naziaufmarsch zu verbieten, konnte damit aber wieder mal das Bundesverfassungsgericht nicht überzeugen, das den Nazis insofern recht gab, dass Wolfs Aktivitäten keine ausreichende Gefahrenprognose zulasse. (Schulze hatte nur mit Gewaltbereitschaft der Nazis und nicht mit Volksverhetzung argumentiert.) Nur wenige Dortmunder Demokraten haben Verständnis für das Verfassungsgericht, und immer mehr verurteilen auch die mangelnde Verbotsbereitschaft der Polizei gegen Rechts. »Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zeigt einmal mehr: Wir müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen. Das offene und aktive Blockieren als Akt des zivilen Ungehorsams bleibt notwendiges und richtiges Mittel, Nazidemos tatsächlich zu verhindern.« (Aus der Erklärung des Quer-Bündnisses)

An den Protesten gegen rechts haben sich mindestens 15 000 Menschen beteiligt. Und die Vielfalt ihrer Aktivitäten gegen rechts ist ermutigend. Es zeigt sich aber auch ein Problem: Wenn jeder seins macht, dann mangelt es leicht an der Einheitlichkeit und der Abgestimmtheit der antifaschistischen Kräfte. Diese – auch die Bundesweiten – müssen sich noch stärker zusammentun und Eigenbröteleien und Besserwisserei in Frage stellen.

Die VVN-BdA wirkt in diesem Sinne. Ihre Mitglieder aus ganz NRW waren an den verschieden-

»Kultour« des Bündnisses Dortmund gegen Rechts

sten Aktionen am 4. September beteiligt, vor allem beim örtlichen Bündnis gegen Rechts mit seiner »Kulturtour«. Eine besondere Aktion war der VVN-BdA durch plötzliche Ereignisse quasi aufgezwungen worden. Als bekannt wurde, dass die Polizei den Nazis genehmigt hatte, sich in der Nähe der Auslandsgesellschaft und der Steinwache, das heißt an der Gedenkstätte »Widerstand und Verfolgung 1933 – 1945« zu formieren, da riefen VVN-BdA, Förderverein Steinwache und Internationales Rombergparkkomitee mit Unterstützung der Föderation des Internationalen Widerstandes FIR zu einer ganztätigen Mahnwache an der Gedenkstätte auf. Hunderte besonders junge Menschen haben sich für kurz oder lang daran beteiligt. Die Mahnwache veranlasste die Polizei, zu vermeiden, dass auch nur ein Rechter in die Nähe der Gedenkstätte kam.

Ulrich Sander

Rechter Filmemacher verlor gegen VVN-BdA

Urteil rechtskräftig

Am 26. August 2009 hat auf der Homepage der Landesvereinigung NRW der VVN-BdA ein Bericht von Ulrich Sander gestanden unter der Überschrift »VVN-BdA protestiert bei der WR-Chefredaktion - Die Zeitungen der WAZ-Gruppe werben für rechtsextremen Filmemacher«. Gegen die Verantwortlichen Jürgen Schuh (NRW-Seite) und Thomas Willms (Bundesseite) klagte Karl Höffkes vor dem Landgericht Berlin. Die Klage wurde am 29. Juni diesen Jahres abgewiesen. Karl Höffkes hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. Das Urteil ist rechtskräftig.

Karl Höffkes ist Besitzer einer Unmenge von Filmmaterial aus der Nazizeit. Er wollte offenbar mit seinem fehlgeschlagenen Prozess Kritiker an seinen früheren Aktivitäten mundtot machen. Das ging schief.

Seine Aktivitäten und Eigenschaften werden vom Hauptstaatsarchiv Stuttgart in den Worten zusammengefasst: »Der rechtsextreme Historiker Karl Höffkes befragt Artur Axmann, der von 1940 bis 1945 Reichsjugendführer war.« Höffkes hat die Schriften Axmanns, der die Jugend in den Tod trieb, selbst aber 83 Jahre alt wurde, verlegt und hat ihm in »Nation und Europa« einen hymnischen Nachruf gewidmet. Nach heutiger Erkenntnis würde er nicht mehr derartiges veröffentlichten, sagte Höffkes vor Gericht – hat aber eine detaillierte öffentliche Distanzierung von seiner Vergangenheit bis heute unterlassen.

Karl Höffkes Propaganda soll raus aus den Medien

Doch nicht nur länger zurückliegende Aktivitäten Höffkes hatte die VVN-BdA als rechtsextrem bewertet. Es wurden auch Beispiele aus jüngerer Vergangenheit herangezogen. Zu hoffen ist, dass die großen Medien vom Gebrauch von Höffkes Propagandamaterial endgültig absehen, erklärte Ulrich Sander abschließend.

Dem Hartmut-Meyer-Archiv und dem Duisburger Institut für Sprache und Sozialforschung (DISS) danken wir herzlich für ihre Solidarität. Ein herzlicher Dank geht an Rechtsanwalt Eberhard Reinecke (Köln) für seine engagierte und kluge Prozessführung.

U. S.

Aktenzeichen Landgericht Berlin, 27 01161 / 09 vom 29.06.2010. Weitere Informationen in der September/Oktober-Ausgabe 2009 der *antifa* und unter http://www.nrw.vvn-bda.de/texte /0551_wrwerbung_rechts.htm

Bitte vormerken:

Bundesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA in Berlin

1. bis 3. April 2011

Humboldt-Universität, Berlin

Die Kreisvereinigungen entsenden pro angefangene Mitgliederzahl von 60 Mitgliedern je eine Delegierte/einen Delegierten.

VVN-BdA Bundesvereinigung
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin,
Tel.: (0 30) 29 78 41 74
Fax: (0 30) 29 78 41 79
E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de
http://www.vvn-bda.de

Bildungsangebote für alle Landes- und Kreisvereinigungen der VVN-BdA

Arbeitsgruppe Bildung der VVN-BdA legt Programm vor

Ein Zurück zur Bildungsarbeit der »alten« VVN-BdA von vor 1990 gibt es nicht. Dies war eines der ersten Ergebnisse der vom Bundesausschuss eingesetzten Arbeitsgruppe Bildung.

Dies liegt nicht nur an den völlig veränderten organisatorischen Rahmenbedingungen. Wichtiger noch ist, dass die größere Breite und die politische Unabhängigkeit der Organisation die »festen Wahrheiten« auf den notwendigen Kern haben schwinden lassen. Dies ist auch kein Nachteil, da die komplizierten Bedingungen und Herausforderungen der Gegenwart flexibles und geschicktes Handeln erfordern.

Um dies voran zu bringen, bietet die Bundesvereinigung der VVN-BdA 2010/2011 eine erste Reihe von Fortbildungen für ihre aktiven Mitglieder an. Die Themen sind »Öffentlichkeitsarbeit im Internet – Redaktionsarbeit«; »Führungen durch die Ausstellung ›Neofaschismus in Deutschland‹«; »Zukunftswerkstatt: Unsere VVN-BdA in zehn Jahren«. Und für alle, die sich künftig aktiv in die Arbeit der Organisation einbinden wollen, bieten wir das »Jetzt geht's los…!«-Einsteigerseminar.



Den stärkeren Austausch zwischen den Mitgliedern unterstützen die neuen Bildungsangebote der VVN-BdA. Archivbild: Hartung

Ziel ist es, rasch verwertbare Kenntnisse für die praktische Arbeit zu vermitteln, aber auch den Rahmen zu schaffen, um gemeinsam wichtige Fragen der Zukunft der Organisation zu bearbeiten.

Übungen, Gespräche und an den Teilnehmern orientierte Methoden aus der modernen Bildungsarbeit sollen angewandt werden. Nicht zu kurz kommt natürlich das gegenseitige Kennenlernen. Wir wollen auch zusammen eine »gute Zeit« erleben.

Die Module sind nur ein Angebot an Landes- und Kreisvereinigungen. Diese sind es, die sich darüber im Klaren werden sollten, ob und welches Angebot für sie interessant und wichtig ist. Sie müssen auch die organisatorische Vorbereitung von Tagungsort und Zeitraum in die Hand nehmen. Die Bundesgeschäftsstelle bietet hierfür jede gewünschte Hilfe und vermittelt die Referenten. Die inhaltliche Vorbereitung und Durchführung erfolgt durch erfahrene Moderatoren und Referenten aus den Reihen der VVN-BdA.

Eine Ausnahme bildet das »Einsteigerseminar«. Dieses wird vollständig von der Bundesvereinigung vorbereitet. Ein erster Termin ist für das Frühjahr 2011 im norddeutschen Raum geplant. Es werden aber gerne weitere Wünsche und Anregungen entgegengenommen. Selbstverständlich kann hier eine Anmeldung von Interessierten auch direkt erfolgen.

Das gesamte erste Bildungsprogramm wird in Form eines Flyers veröffentlicht.

Interessierte wenden sich für alle Absprachen, Fragen und Anregungen an die Bundesgeschäftsstelle. **Thomas Willms**

Erfolgreich gegen rassistische Bewegung »Pro Deutschland«

Proteste mit Sitzblocken

Rund 2 500 Menschen unterstützten die erfolgreichen Proteste gegen den Bundesparteitag der Rassist/innen von »Pro Deutschland« am 17. Juli in Berlin, zu dem ein breites Bündnis aus Organisationen, Initiativen, Gruppen, Gewerkschaften und Parteien einschließlich der Berliner VVN-BdA aufgerufen hatte. Vielfältig, bunt und lautstark konnte die TeilnehmerInnenzahl an diesem Bundesparteitag nicht nur auf unter 60 Personen begrenzt, sondern auch der Beginn erheblich verzögert werden.



Antifaschistischer Hausputz nach dem Parteitag von »Pro Deutschland« am 19. Juli im Rathaus Schöneberg. Bild: kappa photo

Dazu trug neben dem Kulturprogramm mit einer Vielzahl von Musik- und Redebeiträgen auch die zeitweilige friedliche Sitzblockade Ecke Salzburger Straße bei. Sie war – trotz des von vornherein aussichtslosen Versuchs einer Räumung durch die Polizei mit Hilfe unverhältnismäßiger Gewalt – erfolgreich. Letztendlich wurden die Pro-Deutschland-Anhänger/innen (und das ist mindestens genauso kritisch zu hinterfragen) per »Taxitransport« durch einen Einsatzwagen der Polizei vor das Rathaus transportiert. Warum die Polizei die Freizeitbetätigungen einzelner Teilnehmer/innen dieses Parteitages außerhalb des Rathauses Schöneberg überhaupt und später auf dem Rückweg mit Gewalt sicherstellen wollte, blieb bis heute ihr Geheimnis.

Übereinstimmend wurde im Bündnis die Kritik an der Unverhältnismäßigkeit des Gewalteinsatzes bei diesem Räumungsversuch, der zu teilweise erheblichen Verletzungen bei Demonstrant/innen durch Schläge und Tritte, Schmerzgriffe und den Einsatz von Pfefferspray geführt hat, geteilt. Damit verbunden ist die Forderung an die Parteien im Abgeordnetenhaus, den gesamten Polizeieinsatz und alle kritischen Fragen zu diesem Tag aufzuarbeiten. Wie aus der Stellungnahme des Bündnisses zu entnehmen ist, war von einer friedlich »ausgestreckten Hand« der Einsatzkräfte genau so wenig zu spüren wie von einer einheitlichen Strategie und Handlungsweise vor Ort.

Immer wieder werden Personen, weil sie zu friedlichen Sitzblockaden aufrufen, kriminalisiert und festgenommen. Wir verweisen noch einmal darauf, dass Blockieren unser Recht und keinesfalls eine Straftat darstellt. Unsere Solidarität gehört daher den Festgenommenen und Verletzten.

Trotz dieser noch zu klärenden Kritikpunkte zog das Bündnis ein positives Fazit für den Auftakt. Es ist gelungen, aufzuzeigen, dass es in Berlin keinen Platz für rassistische Propaganda oder für die Verbreitung und Verstärkung von Ressentiments gegen Mitmenschen auf Grund konstruierter Merkmale wie Herkunft, Religion, sozialem Status oder ihrer Lebensweise gibt.

Eine Fortsetzung dieser erfolgreichen Proteste sowie eine weitere Verbreiterung des Bündnisses zeigten sich schon am 19. August bei der Eröffnung des großspurig als »Hauptstadtbüro« bezeichneten, von erträumten 400 m² auf jetzt tatsächliche ca. 70 m² reduzierten neuen Domizils von »Pro Deutschland« außerhalb des Stadtzentrums von Berlin. Etwa 50 Personen unterstützten dabei das Bündnis zu früher Stunde. Erfreulicher Weise beteiligten sich daran auch neue Vertreter/innen aus verschiedenen Zusammenhängen und Bezirken wie auch dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf einschließlich der Bezirksbürgermeisterin Frau Dagmar Pohle (DIE LINKE) und verstärkten das Bündnis. Hierin liegen die Zuversicht und weiteres Potential für das Bündnis, um Nazis und Rassist/innen gemeinsam bei den Wahlen 2011 eine klare Abfuhr zu erteilen.

Derzeit beginnt die Vorbereitung der Proteste gegen den Besuch des niederländischen Rassisten Geert Wilders am 2. Oktober in Berlin auf Einladung der Rassist/innen einer weiteren selbsternannten Bürgerbewegung mit Namen »Pax Europa« und des rassistischen Webblogs »Politically Incorrect«.

Dirk Stegemann

Ausstellung des Malers und Widerstandskämpfers Wolfgang Szepansky
anlässlich seines 100. Geburtstages

Ein Lebensportrait des Künsters, KZ-Überlebenden und langjährigen Zeitzeugen

Ausstellung vom 9. Oktober bis 12. Dezember 2010

Eröffnung
Freitag, 8. Oktober, 19 Uhr

Vortrag und Diskussion
Sonntag, 7. November, 16 Uhr

in der Galerie im
Tempelhof Museum,
Alt-Mariendorf 43, Berlin

Neue Broschüre erschienen

»Fragt uns, wir sind die Letzten.«

Mit der gerade erschienenen Broschüre »›Fragt uns, wir sind die Letzten.‹ – Erinnerungen von Verfolgten und Menschen aus dem Widerstand. Eine Interview-Broschüre« soll speziell jüngeren Menschen ein Heft an die Hand gegeben werden, welches ihnen ermöglicht, Einblick in antifaschistische Perspektiven auf die Zeit des deutschen Faschismus zu bekommen.

Die Broschüre vereint dabei fünf Gespräche mit Angehörigen der Berliner VVN-BdA, die nicht nur vom Erlebten berichten, sondern auch ausführlich über ihre Sozialisation, ihr Umfeld und ihre Beweggründe sprechen. Durch ein mitlaufendes Glossar bleiben die vielfältigen Schilderungen auch ohne Vorwissen verständlich.



Die gedruckte Ausgabe der Broschüre ist bereits bei der Berliner VVN-BdA gegen eine kleine Spende erhältlich. Eine PDF-Version zum Herunterladen wird in Kürze folgen.

20 Jahre Tag der Erinnerung und Mahnung

Der Tag der Erinnerung und Mahnung gehört zu den größten regelmäßigen Veranstaltungen, die das Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes mit der Auseinandersetzung mit Rassismus und Neonazismus verbinden. Mit ihm gelang es, den »Tag der Opfer des Faschismus« nach 1990 weiterzuführen und ihm ein neues Gesicht zu geben.

Die Berliner VVN-BdA möchte allen danken, die seit 1990 den Tag der Erinnerung und Mahnung in vielfältiger Weise gestaltet, unterstützt und ihn damit auch ermöglicht haben.

Wir würden uns sehr freuen, die Leser der *antifa* und ihre Freunde am 12. September am Lustgarten zu begrüßen.



Die Vorbereitungen sind mit viel Arbeit und Mühe und trotz ehrenamtlichen Engagements mit hohen Kosten verbunden. Mit einer Spende kann jede/r den Tag der Erinnerung und Mahnung 2010 unterstützen.

Spendenkonto: VVN-BdA Berlin, Postbank Berlin, Konto-Nr.: 315 904 105, BLZ: 100 100 10, Stichwort: Tag der Mahnung. Spendenquittung wird auf Wunsch ausgestellt. Und: Wir freuen uns sehr über Kuchen für unser Antifa-Café, bitte um Rückmeldung in der Geschäftsstelle.

Aufruf, Standanmeldung und aktuelle Infos gibt es auch unter www.tag-der-mahnung.de oder per E-Mail unter info@tag-der-mahnung.de

Antifa – Jour fixe: Ein Abend mit Vera Friedländer

Auch Andrej Hermlin und Regina Scheer zu Gast im Café Sibylle

»Die Bezeichnung ›Halbjüdin‹ habe ich nie akzeptiert. Meine Familie war jüdisch, die Verwandten meines Vaters: Das waren Nazis.« Kurz und eindeutig war die Positionierung des Mädchens im Berlin unter der Naziherrschaft. »Man kann nicht eine halbe Jüdin sein« ist auch der programmatische Titel ihrer Autobiographie. Den Antifa-Jour fixe der Berliner VVN-BdA bestritt im Juli Vera Friedländer.

Nach der bedauerlichen Auflösung des Jüdischen Kulturvereins in Berlin habe sie in der VVN-BdA eine neue Heimat gefunden, erzählt die heute 82-jährige Germanistin und Schriftstellerin. Es wurde ein spannender Abend für die etwa 40 Besucher/innen. Vera Friedländer erzählte im Gespräch mit Hans Coppi von ihrer Jugend in Berlin, der Fabrikaktion in der Rosenstraße, der Ermordung ihrer Großmutter, der Zwangsarbeit bei der Salamander AG – Reparatur-Betrieb – in Berlin SO 36, Köpenicker Str. 6a-7, zu der sie Anfang 1945 gezwungen wurde. Dass die Schuhe, die sie aufarbeiten musste, von Ermordeten aus den Konzentrationslagern stammten, habe sie erst später erfahren. Die Firma Salamander habe, damit konfrontiert, anfänglich vehement bestritten, dass es diesen Betrieb überhaupt gegeben habe. Doch der Blick in ein altes Berliner Adressbuch beweist das Gegenteil, der Betrieb ist dort verzeichnet. Wir erfahren von ihrem Studium in Berlin, ihrer Lehrtätigkeit an der Universität Warschau ab 1976, auch von dem Antisemitismus einzelner Kollegen an der Hochschule.


Vera Friedländer. Bild: Harnisch

1990 war sie Mitbegründerin des Jüdischen Kulturvereins Berlin. Noch mit Geld der letzten DDR-Regierung gründete sie 1990 in Berlin eine Sprachschule für jüdische Einwanderer aus Osteuropa. Der Antisemitismus in Deutschland sei im Ansteigen begriffen, beantwortet sie eine Frage aus dem Publikum. Nur wenige Menschen brächten das Wort Jude unbefangen über die Lippen. Nein, sie sei nicht religiös, hielte aber Kontakt zur jüdischen Gemeinde, schon allein um ihren Kindern die Einwanderung nach Israel zu erleichtern, falls es einmal wieder nötig sei, Deutschland zu verlassen. (Unvermeidliche?) Fragen zur so genannten Gaza-Flottille weist sie von sich. Was sie denn damit zu tun hätte, sie sei schließlich Berlinerin, fragt sie zurück.

Auch diesmal sind einige neue Gesichter im Publikum zu entdecken, und in der Pause werden neue Kontakte und Bekanntschaften geschlossen. Menschen, die sich oft lange nicht gesehen haben, treffen sich wieder. Genau das haben wir mit unserem Jour fixe auch beabsichtigt.

Wir freuen uns, am Montag, dem 20. September, Andrej Hermlin begrüßen zu können. In dem Gespräch mit Hans Coppi geht es um Antifa, Kenia und um Swing.

Andrej Hermlin, Sohn des Schriftstellers Stephan Hermlin und vor allem Bandleader des erfolgreichen »Swing Dance Orchestra«, spielt die Musik der dreißiger und vierziger Jahre. Dass Benny Goodman's Musik die Musik der US-Soldaten bei der Invasion in der Nomandie war, wissen alle, aber dass Swing auch in Deutschland, der Sowjetunion und den USA von Juden komponiert und gespielt wurde, ist weniger bekannt. In Deutschland gab es die Swing-Kids, die sich ungeniert durch das Hören von Swing und einen »amerikanischen« Lifestyle spöttisch und lässig von den Nazis abgrenzten – »Swing heil!« statt »Sieg Heil!«

Im Oktober besucht uns am Montag, dem 18. Oktober, Regina Scheer, Autorin mehrerer Bücher vor allem zu deutsch-jüdischer Geschichte. Sie liest aus ihrem in der Reihe Jüdische Miniaturen im Verlag Hentrich & Hentrich erschienenen Lebensbild Kurt Tucholskys »Es war ein bisschen laut«. Dazu singt Gina Pietsch, begleitet von ihrer Tochter Frauke, Lieder von »Tucho«.

Antifa – Jour fixe. Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA. Immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr. Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin (U 5 Strausberger Platz)

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29784178
Fax: (030) 29784378
Internet: http://berlin.vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Mit Mut und Hoffnung

Zum 100. Geburtstag: Erinnerung an Otto Wiesner

Otto wäre am 14. August dieses Jahres 100 Jahre alt geworden. Im Alter von 95 Jahren verstarb er am 1. Februar 2006 in Potsdam.

Otto wurde 1910 in Hamborn am Rhein geboren. Er wuchs als »Arbeiterjunge« in einem Bergarbeiterviertel auf. Der Eintritt 1924 in die Gewerkschaft, später in den Kommunistischen Jugendverband und in die KPD – das war 1928 – waren für ihn logische Handlungsschritte. Als 1933 die Machtübertragung an die Nazis erfolgte, kannte Otto die Gefahr als er im illegalen Kampf gegen den Faschismus tätig wurde. Von der CSR aus unterstützte er den Aufbau der illegalen KP in Deutschland. Nach seiner Ausweisung ging er nach Berlin-Wedding, wo er seine illegale Tätigkeit für den KJVD-BL fortsetzte.

Im September 1934 wurde er verhaftet und zu sieben Jahren Zuchthaus wegen Hochverrats verurteilt, Ende 1941 wurde er nach Sachsenhausen überführt. Mit Hilfe der dortigen politischen Funktionshäftlinge kam er in die Häftlingsschreibstube. Dort zu arbeiten war zwar körperlich nicht schwer, dafür aber lebensgefährlich. Der SS-Offizier empfing Otto mit den Worten, welche »rote Laus« sie ihm denn diesmal geschickt hätten.

Seine Ausbildung als Schriftsetzer, die er mit dem SS-Mann gemeinsam hatte, rettete ihm vermutlich das Leben. In der Häftlingsschreibstube war Otto für den Verpflegungsrapport zuständig. Seine Position ermöglichte ihm, Lebensmittelrationen gegenüber der SS zu unterschlagen, die somit anderen Häftlingen zukamen. Im Januar 1945 wurde er mit dem Eintrag »R. U.«, Rückkehr unerwünscht, zur Vernichtung in das KZ Mauthausen nach Oberösterreich deportiert. Durch die Solidarität sowjetischer Kriegsgefangener und die internationale illegale Häftlingsorganisation überlebte Otto.



Otto Wiesner 2004. Hahmann

Nach 1945 trat er in die Berliner KPD ein und wurde Jugendsekretär in Brandenburg. Als Mitglied der SED gehörte er zu den Abgeordneten des ersten Brandenburgischen Landtages und war Vorsitzender der FDJ in Brandenburg. Ende der 50er-Jahre wurde er zum Leiter der Nationalen Gedenkstätte für das Potsdamer Abkommen Potsdam Cecilienhof. Seit Anfang der 60er-Jahre widmete er sich dann ganz seiner Tätigkeit als Schriftsteller und immer wieder stellte er sich den Fragen junger Menschen.

Oft wurde er gefragt, was ihm half zu überleben. Im Lager und danach war er immer ein humorvoller Mensch geblieben. Seine Fröhlichkeit, seine Mitmenschlichkeit war auch zugleich Medizin für die anderen, die er ausgiebig verteilte.

Kurz vor seinem Tod schrieb er sich gemeinsam mit Willi Frohwein in das Goldene Buch der Stadt Potsdam ein. Gemeinsam mit dem Mauthausen Komitee Ost und anderen Initiativen ist die VVN-BdA Potsdam bestrebt, Otto mit der Benennung eines Platzes in Potsdam zu würdigen. **M. P.**

Runder Tisch verhandelt Uckermark-Konversion

VVN-BdA initiiert Volksinitiative für Erinnerungsorte – Unterschriftensammlung bis Mai

Im Juni hatte erstmals der erste Runde Tisch mit Vertreterinnen der Initiative Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark, der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis, der Mahn- und Gedenkstätte sowie des Landes und des Bundes getagt.

Ziel ist die Einigung über den politischen und konzeptionellen Rahmen sowie über konkrete Schritte, die zu einer Konversion des Geländes des ehemaligen Jugendkonzentrationslagers für Mädchen und junge Frauen und späteren Vernichtungslager Uckermark führen. Seit Jahren fordert die Uckermark-Initiative diese Runde.

Die Konversion ist die Voraussetzung für die öffentliche Zugänglichkeit und Kenntlichmachung des Areals. Sie umfasst den Abriss der Bauten aus der Zeit der Nachnutzung des Geländes durch die sowjetische Armee. Für die Maßnahme hat die EU zeitlich begrenzt Gelder in Aussicht gestellt.



Uckermark am 65. Jahrestag der Befreiung des KZ: Eine polnische Überlebende mit ihrem Sohn am Denkmal im ehemaligen Vernichtungslager.

Zur Information über diesen Konversionsprozess hatte am 10. August die Uckermark-Initiative zum Baucamp nach Fürstenberg und Himmelpfort eingeladen. Die jährlich seit über zehn Jahren stattfindenden Bau- und Begegnungscamps stellen eine besondere Form der Auseinandersetzung mit der Geschichte des KZ dar. Sie folgen der Absicht, das Gedenken und Erinnern in Form eines Offenen Gedenkens praktisch werden zu lassen. Verschiedene Gedenkkulturen und Gedenkpraxen sind gefragt. Der Ort erinnert in diesem Sinne sowohl an die Opfer und Überlebenden als auch an die Kontinuitäten der Verfolgung z.B. von so genannten »Asozialen«. Geklärt werden müssen die genauen Grenzen des Areals. Die Gefahr soll vermieden werden, dass das von der Initiative langjährig durchgeführte Offene Gedenken verschwindet, und dass die Aktivitäten »von unten«, die zur Konstituierung des Ortes als Erinnerungsort führten, zurückgedrängt werden.

Mit der aktuellen »Volksinitiative zur Schaffung würdiger Erinnerungsorte an die während der NS-Zeit in Brandenburg Verfolgten und Ermordeten« – initiiert von der VVN-BdA Brandenburg – soll u.a. die Uckermark-Initiative unterstützt werden. Dafür sollen bis Mai 2011 Unterschriften gesammelt werden. **V. D./M. P.**

Infos und Listen: www.brandenburg.vvn-bda.de/erinnerungsorte

Redaktion: Landesvorstand
VVN-BdA Land Brandenburg
Jägerstr. 36, 14467 Potsdam,
Tel.: (01 51) 53 62 44 40
Fax: (03 31) 2 80 58 81
E-Mail: brandenburg@vvn-bda.de
www.brandenburg.vvn-bda.de
Unser Spendenkonto: GLS Bank,
BLZ 430 609 67, Konto 1102 861 500

Für eine Peter-Gingold-Erinnerungs-Initiative

Projekt in Hessen – Treffen am 21. September

Der hessische VVN-Landessprecher Peter-Christian Walther wirbt um Mitwirkende für das Projekt einer Peter-Gingold-Erinnerungs-Initiative. Anbei sein Rundbrief mit allen Informationen:

Wir, ein kleiner Kreis von Antifaschistinnen und Antifaschisten aus dem Rhein-Main-Gebiet, wollen einen Arbeitskreis für eine Peter-Gingold-Erinnerungs-Initiative bilden.

Für diejenigen, die Peter Gingold nicht gekannt haben: Peter Gingold (1916-2006) war ein Frankfurter jüdischer Antifaschist und Kommunist, NS-Verfolgter und Widerstandskämpfer (u.a. in der französischen Resistance). Zeit seines Lebens engagierte er sich im Kampf gegen alles Faschistische. In den letzten Jahren trat er immer wieder in Schulen, vor

(Fortsetzung auf Seite 7)

Käte Dinnebier lebt nicht mehr

Eine antifaschistische Gewerkschafterin

Am 8. August starb im Alter von 79 Jahren nach schwerer Krankheit Käte Dinnebier, die langjährige Kreisvorsitzende des DGB Marburg-Biedenkopf. Sie war – im besten Sinne des Wortes – ein gewerkschaftliches Urgestein und eine Kämpferin gegen alte und neue Nazis. Noch bei der Ankündigung des aktuellen Jahresprogramms der DGB-Senioren erinnerte sie an die Pogromnacht am 9. November 1938: »Wir haben damals in Kirchhain gegenüber von der Synagoge gewohnt. Es war furchtbar, das mit ansehen zu müssen!«

In den 70er-Jahren wurde Käte Dinnebier Kreisvorsitzende des DGB. Sie vertrat dabei einerseits die politischen Interessen aller abhängig Beschäftigten, gleichzeitig nahm sie aktiven Kontakt zu den vielfältigen demokratischen Initiativen in der Stadt auf. Demokratische Hochschullehrende und Studentenbewegung waren ihr ebenso vertraut wie die Friedensinitiativen oder die VVN-BdA. Als Sozialdemokratin hatte sie keinerlei Abgrenzungsbedürfnisse gegenüber der DKP, die damals in Fraktionsstärke im Stadtparlament vertreten war, oder anderen Gruppen, die aus ihrer Kritik an der SPD-Regierungspolitik keinen Hehl machten.

Sie war aber auch in der Lage, unterschiedliche politische Gruppen bei der Durchsetzung gemeinsamer Interessen zusammenzuführen. Frauenpolitik war ihr persönliches Anliegen. Sie organisierte die ersten gewerkschaftlichen Veranstaltungen zum 8. März in Hessen. Gleichzeitig engagierte sie sich aber auch in den verschiedenen Initiativen gegen die in Nordhessen geplanten Nazi- und SS-Treffen oder für Frieden und Völkerverständigung, gegen den NATO-Raketenbeschluss. Unvergesslich bleibt die Demonstration gegen ein Treffen der Jung-NPD, zu der über Nacht 2000 Teilnehmende mobilisiert wurden. Aus Freude darüber führte sie den Demonstrationszug in weit größerem Bogen durch die Stadt, als er vom Ordnungsamt genehmigt worden war, was ihr eine Vorladung der Staatsanwaltschaft wegen Missachtung des Versammlungsgesetzes eintrug. Dass der Protest gegen diese Leute gar nicht groß genug sein könne, ließ sie dem Staatsanwalt ausrichten, weshalb sie freiwillig nicht käme. Er möge sie vorführen lassen. Darauf verzichtete er.

Im »Un-Ruhestand« leitete sie den DGB-Seniorenarbeitskreises. 2001 ließ sich Käte Dinnebier von der SPD auf die Kandidaten-Liste für das Stadtparlament setzen. Und sie wurde von den Wählern von dem aussichtslosen Listenplatz 46 auf den Platz 16 hochkatapultiert. Zu Recht heißt es deshalb in einem politischen Nachruf: Sie war wohl die beliebteste politische Persönlichkeit Marburgs. Als Mitglied des ehrenamtlichen Magistrats war sie sehr populär.

Käte Dinnebier hat im politischen Leben Marburgs deutliche Spuren hinterlassen. Wir werden sie und ihre freundliche Art sehr vermissen. **Ulrich Schneider**

Revanchistische Botschafter aus Hessen

Vertriebene benennen Geschichtsrevisionisten

Der Streit um die Besetzung der Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« ist eigentlich eine Bundesangelegenheit. Nun hat die hessische CDU-Abgeordnete Steinbach diesen Streit durch eine Personalentscheidung bereichert, die bei allen öffentlichen moderaten Tönen deutlich macht, welche ideologische Grundhaltung den Bund der Vertriebenen (BdV) weiterhin prägt. Der BdV benannte Hartmut Saenger, den stellvertretenden hessischen Landesvorsitzenden als einen von sechs Repräsentanten im Stiftungsrat. Zusammen mit dem baden-württembergischen BdV-Vorsitzenden Arnold Tölg wurden damit zwei offene Geschichtsrevisionisten benannt.

In einem Beitrag für die »Preußische Allgemeine Zeitung« hatte Saenger, Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, Polen, England und Frankreich eine Mitschuld am Beginn des Zweiten Weltkriegs gegeben. Polen habe gar mit einer Mobilmachung Hitler erst die Möglichkeit gegeben, den Nichtangriffspakt von 1934 aufzukündigen. Der lokale Konflikt um Danzig sei erst durch die eigenen Interessen von England und den USA zum Weltkrieg geworden, heißt es in einem Zeitungsbericht.

Das ging auch der SPD zu weit, die ansonsten der Besetzung zugestimmt hatte. Laut *Hessischem Rundfunk* warf Dietmar Nietan (SPD) Hartmut Saenger vor, mit Hinweisen auf angebliches Unrecht gegen Deutsche die Verbrechen der Nazis zu relativieren. Beim BdV gebe es entweder eine Art »Quotierung für Hardliner und Revanchisten«, mutmaßte er. Oder aber der BdV wolle die Stiftung zur Verharmlosung von Nazi-Verbrechen nutzen.

Verharmlosung des Vernichtungskrieges

Auch der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, Salomon Korn sowie der Zentralrat der Sinti und Roma protestierten gegen diese Benennung. Saenger und Tölg spielten die deutsche Schuld an Hitlers »Rassenvernichtungskrieg« herunter, sagte Vorstandsmitglied Silvio Peritore der *Frankfurter Rundschau*.

Mit dieser Entscheidung wurde einmal mehr die Kritik aller antifaschistischen Kräfte an der Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« bestätigt. Sie dient – trotz des »freiwilligen Verzichts« der Frau Steinbach – der Durchsetzung geschichtsrevisionistischer Geschichtsbilder. Es geht dabei um die Relativierung der faschistischen Massenverbrechen und die Verbreitung des ideologischen Konstrukts der »Deutschen als Opfer«, das heute insbesondere mit Hinweis auf den alliierten Bombenkrieg von neofaschistischen Kräften in Aufmärschen und anderen demonstrativen Aktionen vertreten wird. **Bernd Kant**

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 5970524.

(Fortsetzung von Seite 6)

Jugendgruppen, in Veranstaltungen und Versammlungen auf, um aus seinem Leben und seinen Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus zu berichten. Das tat er außerordentlich eindrucksvoll, überzeugend und mitreißend. Die Stadt Frankfurt am Main ehrte ihn mit der Verleihung der Johanna-Kirchner-Medaille.

1997, zum 50. Jahrestag der Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), richtete Peter Gingold – zusammen mit der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano – einen »Appell an die Jugend«, in dem es zum Schluss unter anderem heißt: »Lasst nie zu, dass das Vermächtnis des Widerstandes revidiert wird oder in Vergessenheit versinkt!«

Wir möchten unser Möglichstes tun, dazu beizutragen, dass Peter Gingold und sein Anliegen »Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!« in aktiver Erinnerung bleiben und dieses Vorhaben mit entsprechenden Aktivitäten erfüllt wird.

Zu diesem Zweck wollen wir eine Peter-Gingold-Erinnerungs-Initiative bilden und gemeinsam beraten, was wir tun können, um diese Absicht in die Tat umzusetzen.

Zur Bildung des Arbeitskreises brauchen wir Helfer und Unterstützer, die vor allem auch aus der jungen Generation, zu der Peter Gingold einen besonderen Draht hatte, kommen sollten.

In einem ersten Entwurf einer Aufstellung möglicher Aktivitäten für die Erinnerungsarbeit heißt es: Es könnte versucht werden,

- vor Ort (in den verschiedensten Einrichtungen, an Schulen, bei Jugendorganisationen, in Jugendclubs und ähnlichem) Lesungen aus Peter Gingolds Erinnerungs-Buch (»Paris – Boulevard St. Martin No.11«) zu organisieren;
- Schüler (Gruppen, Klassen, Schulen) für Wettbewerbe zu gewinnen, die Arbeitsinhalte im Sinne von Peter Gingolds antifaschistischem Engagement - gegen Nazismus, Rassismus und Antisemitismus – betreffen (dazu bedürfte es einer Ausarbeitung, welchen Inhalt und Charakter ein solcher Wettbewerb haben sollte);
- und es könnte versucht werden, die Forderung, eine Straße oder einen Platz in Frankfurt am Main nach Peter Gingold zu benennen, wieder zu aktivieren.

Die Initiative sollte sich am geeignetsten zusammensetzen aus einer Arbeitsgruppe (die die entsprechenden Vorhaben in die Hand nimmt und durchführt) und einem Beraterkreis (von Leuten, die Überlegungen über mögliche Vorhaben und Aktivitäten anstellen, Anregungen geben und die Arbeit mit Ideen und Vorschlägen begleiten).

Im weiteren Verlauf sollten bekannte Persönlichkeiten für einen Unterstützerkreis gewonnen werden, die das Vorhaben mittragen und in der Öffentlichkeit bekannt machen.

Zu Beginn des Vorhabens gibt es bereits einen Personenkreis, der das Projekt unterstützt. Dazu gehören Elisabeth Abendroth, Peter Altmann, Dr. Barbara Bromberger, Bruni Freyeisen, Mathias Meyers, Lothar Reininger, Dr. Ulrich Schneider und Horst Trapp. Federführend betrieben wird das Projekt von Peter Christian (P.C.) Walther – in Kontakt mit Peter Gingolds Töchtern Alice Czyborra und Silvia Gingold.

Ein erstes Treffen mit allen Helfern, Unterstützern und Interessierten soll am 21. September, 18 Uhr, im Frankfurter DGB-Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str., Raum 4 (Erdgeschoss) stattfinden.

Wer bereit ist mitzumachen, melde sich bitte bei P.C.Walther, Tel.: (0 69) 70 79 59 06, Fax: (0 69) 70 79 88 95, E-Mail: pc.walther@t-online.de.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Landesvereinigung Hessen

An alle Mitglieder der VVN-BdA Hessen:

Einladung zur Landesversammlung

am **Samstag, dem 30. Oktober**, von **13.30 bis 18 Uhr**,
in **Frankfurt am Main, Eckenheimer Landstr. 93**,
im Saal der AWO (Mit Linie U5 bis Glauburgstrasse)

Gemäß § 10 der Satzung der Landesvereinigung findet die Landesversammlung als Landesmitgliederversammlung statt. Teilnahmeberechtigt sind daher alle Mitglieder der Landesvereinigung. Sie werden hiermit zur Landesversammlung eingeladen. Vorgesehen ist auf Vorschlag des Landesausschusses folgende

Tagesordnung:

- Eröffnung und Konstituierung
- Referat von Dr. Ulrich Schneider zu »Aufgaben und Perspektiven antifaschistischer Politik« mit anschl. Diskussion
- Ergänzungen zu den schriftlichen Berichten des Landesausschusses, der Kassiererin und der Revisoren
- Diskussion zu den Berichten und Entlastung des Vorstandes
- Wahlen der Mitglieder des Sprecher/innen/rates, d. Kassierers/Kassiererin, des Mitglieds und Stellvertretung im Bundesausschuss, der Mitglieder der Revisionskommission und der Beschwerdekommission
- Anträge und Schlusswort

Als Gast wird an der Landesversammlung auch unser Bundesgeschäftsführer Thomas Willms teilnehmen.

Anträge an die Landesversammlung sind bis zum **15. Oktober** an die Landesgeschäftsstelle der VVN-BdA Hessen (Eckenheimer Landstr. 93, 60318 Frankfurt am Main) einzureichen.

Wir bitten um rechtzeitiges Erscheinen, weil pünktlich begonnen werden soll.

Frankfurt am Main, 20. August 2010
Der Landesausschuss, i.A. Peter Altmann und Peter C. Walther (Landessprecher)

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 500 100 60

In »Stürmer«-Tradition

NS-Symbole und -parolen beim »Frankentag«

Zwar hielt sich der braune Andrang beim »3. Nationalen Frankentag« auf einer Wiese bei Obertrubach in Grenzen, erschütternd aber war das Hinwegsehen von Polizei und Behörden über offensichtliche Rechtsverstöße und das Zeigen und Propagieren von NS-Symbolen und -Parolen. Im Folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus dem Bericht der »Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V« (A.i.d.a.) über diese Veranstaltung.



Transparente für »Nationalen Sozialismus« beim »Frankentag« der Neonazis. Bild: Robert Andreasch, A.i.d.A.

Ungestört konnten sich gut 200 Neonazis am Samstag, 31. Juli, zum »3. Nationalen Frankentag« des »Freien Netz Süd« in Obertrubach-Geschwand treffen. Die Polizei verteilte gegen eine Handvoll Menschen, die vor Ort gegen das Rechtsrock-Festival in der Fränkischen Schweiz protestieren wollten, schon in großer Entfernung Platzverweise. Ganze drei Uniformierte, ein Staatsanwalt und einige wenige Zivilbeamte der Polizei seien »in der direkten Nähe der neonazistischen Großveranstaltung« zu sehen gewesen: »Auf die Frage, ob sie so eventuelle Auflagenverstöße oder Straftaten beim ›Frankentag‹ überhaupt wahrnehmen könnten, hieß es lapidar: ›Die Rechten halten sich an die Gesetze und spielen nur die vorher eingereichten Liedtexte‹.«

So seien Nazi-Symbole auf T-Shirts und Jacken ebenso »übersehen« worden wie folgende Begebenheit: »Der Fahrer eines mit dem Logo der rassistischen ›Artgemeinschaft‹ beklebten Würzburger PKWs (Kennzeichen bekannt) fuhr mit hohem Tempo auf einen Journalisten zu, dieser konnte gerade noch in ein Feld springen.« Aufforderungen von Zeugen des Vorfalls und vom Betroffenen, eine Strafanzeige aufzunehmen und Reifenspuren zu sichern, seien die Ordnungshüter nicht nachgekommen.

Der »Frankentag« 2010 fand wieder auf einem Grundstück bei der oberfränkischen Gemeinde Obertrubach-Geschwand (Landkreis Forchheim) statt. »Der Ehemann der Besitzerin, Lutz Passon«, so A.i.d.a., »war neben Matthias Fischer und Norman Kempken Aktivist der im Januar 2004 verbotenen neonazistischen ›Fränkischen Aktionsfront‹ (FAF).« Mit dem Anmelder Norman Kempken aus Nürnberg habe Lutz Passon als »Veranstaltungsleiter« des »Frankentags« fungiert.

»Immer wieder«, heißt es in dem Bericht, »verkündet der Obertrubacher Bürgermeister Willi Müller gegenüber den Medien im Vorfeld von Neonazi-Aktionen seine angebliche Unkenntnis darüber, dass wieder eine neonazistische Versammlung in seiner Gemeinde geplant sei. Später, im Angesicht einer nicht mehr zu leugnenden Veranstaltung, lässt er dann meist die Beteuerung folgen, ›alles‹ dafür zu tun, dass es im nächsten Jahr keine Neonazi-Treffen mehr geben soll. Was er denn in den letzten Jahren konkret dafür unternommen habe oder in der Zukunft angehen wolle, will oder kann der Busunternehmer dabei nie sagen. So waren es auch in diesem Jahr wieder überwiegend auswärtige Neonazigegner/innen aus der VVN-BdA, den ›Nordbayerischen Bündnissen gegen Rechts‹ und vom Nürnberger ›Bündnis Nazistopp‹, die mit einer Kundgebung in Obertrubach gegen den neonazistischen ›Frankentag‹, die Neonaziumtriebe in Obertrubach-Geschwand und die Ignoranz der Gemeinde protestierten. (…) Die Bezeichnung als ›Frankentag‹ nimmt bewusst Bezug auf die nationalsozialistischen ›Frankentage‹, mit denen der fränkische ›Gauleiter‹ und ›Stürmer‹-Herausgeber Julius Streicher im Nationalsozialismus auf den mittelfränkischen Hesselberg mobilisierte. Den ›Nationalen Sozialismus durchsetzen und verteidigen‹, hieß es in diesem Jahr auf zwei am Veranstaltungsort aufgespannten Transparenten. Einige trugen das von den heutigen FNS-Kadern im Jahr 2008 noch als bayerische ›Junge Nationaldemkraten‹ (JN) ausgegebene rote T-Shirt ›Nationaler Sozialismus‹. Auf dem Rücke ist neben einem alten Wahlplakat-Motiv der NSDAP ein Zitat Adolf Hitlers aufgedruckt.«

In einschlägigen Bahnen bewegten sich auch die Redebeiträge bei der Veranstaltung. Verlesen wurde ein Grußwort des FNS-Führungskaders Martin Fischer, der (u. a. wegen Volksverhetzung) derzeit in der JVA Bayreuth eine 26-monatige Haftstrafe absitzt und dort, so A.i.d.a., »von der ›Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige‹ HNG e.V.« betreut wird: »Fischer grüßte ›aus dem Dunkel des Systemkerkers‹. Danach hielt Anti-Antifa-Aktivist und ›Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg‹-Stadtrat Sebastian Schmaus eine bizarre Rede über Eigenarten der fränkischen Sprache und über den Ausländeranteil in Nürnberg. Und dann lief beim ‚Frankentag‹ noch ›Die Furcht so fern‹ (…) von der ›Manifest‹-CD des Mönchengladbacher Neonazi-Projekts ›Division Germania‹.«

Dieser Text, so A.i.d.a., »dürfte ein Fall für die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien sein. Das ›Lied‹ besteht allein aus der historischen Tonaufnahme einer pathetischen Ansprache: ›Wir sind eine Gemeinde der Tat geworden und so soll es bleiben. Ihr sollt dem Leben gegenübertreten als Eroberer, nicht als Verteidiger. Der Furcht so fern, dem Tod so nah, das steht auf euren Fahnen geschrieben. In harter Luft leben wir Tag um Tag, da ist es kein Zufall, wenn wir enger als sonst aneinander gekettet werden, wo Blut fließt, da finden Neid und Zwietracht verschlossene Türen, so ist es bei uns, Not und Blut ketten uns aneinander, wir können nicht mehr los voneinander, weil der eine auf den anderen angewiesen ist.‹ Es ist eine Aufnahme von Joseph Goebbels.«

Der vollständige Artikel ist im Internet nachzulesen unter www.aida-archiv.de.

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Neuer »Stolperstein« in Kempten

Erinnerung an Kommunisten Willy Wirthgen

»Nunmehr wurde auch eines Vertreters des Kemptener Arbeiterwiderstands mit einem Stolperstein gedacht, nachdem kürzlich bereits 21 Opfer des Faschismus in Kempten mit einem solchen geehrt wurden«, schrieb uns Kurt Wirth aus dem Allgäu und verwies uns auf nachstehenden Artikel aus der Allgäuer Zeitung:

»Zu den Opfern des NS-Regimes in Kempten zählen nicht nur jüdische Mitbürger. Willy Wirthgen war Gewerkschafter und wurde wegen Hochverrat eingesperrt und 1945 ermordet. Wirthgen kam am 22. Oktober 1904 in Rabenau im Kreis Dippoldiswalde/Sachsen zur Welt. Er machte eine Sattlerlehre und zog im Dezember 1928 nach Kempten. Hier wohnte er in der Hohen Gasse 19. In den folgenden acht Jahren war er bei verschiedenen Kemptener Möbelhändlern, Tapeziermeistern und Dekorateuren beschäftigt. In dieser Zeit engagierte er sich in der Gewerkschaft und wurde um 1932 Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses in Kempten. Außerdem organisierte er den Druck einer Erwerbslosenschrift.

Bei den Reichstagswahlen 1932 war der 28-jährige Handwerker als Wahlhelfer für die Kemptener KPD unterwegs. Mit dem Beginn der NS-Herrschaft tauchte er in die Illegalität ab, kümmerte sich aber weiter um die – inzwischen verbotene – Herstellung der Erwerbslosenschrift. Einige Monate versteckte er sich in einer Sennhütte bei Kempten. Im April 1933 fanden ihn dort die braunen Häscher, verhafteten ihn und stellten ihn vor Gericht. Am 20. Dezember 1933 wurde Wirthgen wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Haftzeit arbeitete er wieder als Tapezierer in Kempten.

Doch dann beginnt die eigentliche Odyssee des Wahl-Kempteners. Zwischen 1936 und 1939 verschwindet Wirthgen. Dr. Dieter Weber vom Stadtarchiv vermutet, dass er zeitweise im KZ Dachau inhaftiert war. 1939 kommt der Gewerkschafter ins KZ Buchenwald. Ein Jahr später verliert sich seine Spur, doch glaubt Weber an eine weitere KZ-Haft des politisch Verfolgten. 1945 wird Wirthgen vermutlich bei einem der so genannten Todesmärsche ermordet.«

Kurt Wirth merkt zu dem Artikel an: »Obzwar seine hier dargestellte Biografie in Teilen von den mündlichen Berichten alter KPD-Genossen (z.B. meines Vaters, einem langjährigen Freund von Willy Wirthgen) abweicht (danach wurde er Anfang des Krieges zur Wehrmacht eingezogen und während eines Heimaturlaubs in Kempten wegen defätistischer Äußerungen und Wehrkraftzersetzung festgenommen und zum Tode durch Enthaupten verurteilt; auch handelte es sich bei der von ihm illegal auf einer Berghütte produzierten Zeitung nicht ›nur‹ um eine Erwerbslosenzeitschrift, sondern um die langjährige Kemptener KPD-Zeitung ›Kemptner Mosaik‹), geht mit dieser Ehrung ein lange gehegter Wunsch der politischen Linken in Kempten in Erfüllung.«

In einer Nachschrift ergänzt Kurt Wirth: »Inzwischen hatte ich mit dem Stadtarchivar ein längeres Gespräch, vor allem betr. der Unsicherheiten im letzten Lebensabschnitt von W.W. Er hat Belege über die Einlieferung in Buchenwald 1939, aber auch über seine dortige Entlassung 1940. Anlässlich des Todes seiner Mutter 1944 taucht er in den Akten in Dippoldiswalde als lebend auf, aber nicht ersichtlich, wie und wo. Meine eigenen Recherchen vor zwei Jahren beim Bundesarchiv und Militärarchiv in Freiburg nach einem Todesurteil blieben ergebnislos, zumal im Militärarchiv Todesurteile von Militärgerichten für Mannschaftsdienstgrade nicht archiviert sind.« Auf seine Anregung hin wolle der Archivar nun das Totenbuch von Stadelheim zu Rate ziehen, da alle Hinrichtungen im südbayerischen Raum (sofern nicht standrechtlich) in München-Stadelheim vollzogen worden seien.

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

September
Praxedis Aehlig, Deisenhofen, 88 Jahre; Ruth Steinführer, München, 84 Jahre; Martin Ermer, Veitsbronn, 82 Jahre; Hans-Jürgen Nibbe, München, 82 Jahre; Klaus Poweleit, Oberammergau, 81 Jahre; Christa Meist, Bischofsgrün, 60 Jahre; Peter Kämmerer, Bamberg, 60 Jahre.

Oktober
Gisela Freudenthal, Füssen, 84 Jahre; Jutta Franke, Bamberg, 83 Jahre; Wilfried Kick, Regensburg, 70 Jahre; Rodja Weigand, Schwifting, 65 Jahre; Reinhold Brunner, Nürnberg, 60 Jahre.

Landeskonferenz

der VVN-BdA Bayern

Die 32. Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Bayern findet statt am:

Samstag und Sonntag, 2. und 3. Oktober 2010

in Ingolstadt
Bürgerhaus Neuburger Kasten, Fechtgasse 6

Tagungsbeginn am Samstag um 13.30 Uhr und am Sonntag um 9 Uhr.

Neben den satzungsgemäßen Wahlen der Vorstandsgremien soll die Konferenz den Erfahrungsaustausch der Mitglieder und Kreisverbände intensivieren helfen.

Inhaltliche Schwerpunkte der Diskussionen und Referate werden Fragen der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus in Theorie und Praxis sein, Anregungen zur Erinnerungs- und Gedenkpolitik – und der Themenkomplex »Gleichsetzungen von ›links‹ und ›rechts‹ mittels ›Totalitarimus‹-Theorien und ›Extremismus‹-Begriffen«. Hierzu werden auch Gäste aus Politik und Wissenschaft eingeladen.

Wie immer ist die Konferenz »mitgliederöffentlich«. Den von ihren Kreisverbänden gewählten Delegierten gehen detaillierte Konferenzunterlagen demnächst per Post zu.

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München
Tel.: (089) 53 17 86
Fax: (089) 53 89 464
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de
Bitte teilt uns Eure Adressen- oder Kontenänderungen mit!

Gedenken an Rieseberg-Morde

In Braunschweig: Erinnerung und Vorbildwirkung

Vor 77 Jahren, am 4. Juli 1933 wurden in Rieseberg zehn kommunistische Gewerkschafter und ein Student von den Nazis ermordet. Aus diesem Anlass laden der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Gewerkschaften in der Region Südostniedersachsen jedes Jahr zu Gedenkveranstaltungen ein.



Vor den Gräbern der Riesebergopfer in Braunschweig. Bild: Julia Hartung

Vor den Gräbern der Riesebergopfer auf dem Hauptfriedhof in Braunschweig wurde der ermordeten Gewerkschaftskollegen gedacht. Dort sprach in diesem Jahr Mechthild Hartung, Sprecherin der VVN-BdA Niedersachsen. Sie hob hervor: »Diese zehn Menschen, derer wir heute gedenken, handelten entsprechend ihrer Erkenntnis und wichen nicht zurück vor der Gefahr, in die sie sich begaben. Genau deswegen waren sie als Gewerkschafter und Kommunisten die Feinde der Nazis, sie waren ihnen gefährlich, so dass die physische Vernichtung, ihre Ermordung notwendig schien, um sie zum Schweigen zu bringen.« Und weiter: »Überall im damaligen Gebiet Deutschlands und später in den besetzten Gebieten entwickelte sich der erste Widerstand in den Reihen der Arbeiterklasse. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, unter ihnen Sozialisten und Kommunisten, riskierten überall durch ihr unerschrockenes Aufklären Freiheit, körperliche Gesundheit und sogar ihr Leben. Unsere Hochachtung gilt ihnen – unsere Abscheu trifft die Menschenverächter, die Nazis. Es ist dieser Teil der Geschichte, der frühe, mutige, für Arbeiterinnen und Arbeiter selbstverständliche Widerstand, den unsere Genossinnen und Genossen im Untergrund, in Gefängnissen, Zuchthäusern, KZs, in der Emigration leisteten. Viele bezahlten mit ihrem Leben. Dieser Widerstand ist für uns Vorbild, für die Reaktion bedeutet er auch heute Gefahr. Deshalb sollen wir eingeschüchtert werden, deshalb werden wir als gewalttätig diffamiert (…). Aber der frühe weitsichtige Widerstand, der, wäre er breit gewesen, genau dieses faschistische Regime hätte verhindern können, dieser Widerstand wird systematisch verschwiegen! (…) Durch Gedenkveranstaltungen wie diese wirken wir dem Vergessen entgegen und betonen die Notwendigkeit von Widerstand....«

Der Abschluss fand wie jedes Jahr am Ort der Ermordung, am Denkmal für die Riesebergopfer statt. Auf dem Gelände der ehemaligen DGB-Jugendbildungsstätte hob der Historiker Dr. Gerhard Wysocki die Bedeutung des Widerstands aus der Arbeiterklasse hervor. DGB-Regionsvorsitzender Michael Kleber betonte die Notwendigkeit des NPD-Verbots. **M. H.**

Gelder für dieses Jahr erneut bewilligt

Erster Erfolg für Gedenkstättenfahrten nach Bergen-Belsen

Bei Fahrten von Schulklassen zum ehemaligen KZ Bergen-Belsen wurden in der Vergangenheit die Buskosten zur Hälfte von der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten erstattet. Doch seit 2010 ist das anders, diese Mittel wurden gestrichen. Dagagen wehrte sich Peter Baumeister, pensionierter Lehrer und aktives Mitglied der VVN-BdA – mit erstem Erfolg.

Seit Jahren habe ich mit Abschlussklassen die Gedenkstätte besucht, nach meiner Pensionierung führt eine Kollegin diese Tradition fort, so dass Schülerinnen und Schüler vor Ort die Unmenschlichkeit und Barbarei des NS-Regimes erfahren konnten.

In einem Schreiben an das Kultusministerium und die Fraktionen des Niedersächsischen Landtags, auch im Auftrag der VVN-BdA, kritisierte ich die Streichung der Mittel. Im April antwortete der Vertreter des Ministeriums u.a.: »Der vom Haushaltsgesetzgeber im Landeshaushalt für die Finanzhilfe an die Stiftung bereitgestellte Betrag lässt über die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Stiftung hinausgehenden freiwilligen Leistungen der Stiftung nicht mehr zu.« In einem Artikel in der Peiner Allgemeinen Zeitung von Anfang August dieses Jahres mit der Überschrift: »Bergen-Belsen: Aus für Fahrten?« und »Ehemaliger Lehrer ärgert sich, weil Ministerium Fördergelder gestrichen hat« wurde diese Praxis stark kritisiert. Daraufhin meldete sich NDR 1 bei mir und machte dieses Vorhaben niedersachsenweit bekannt. Auch Michael Fürst, der Vorsitzende des Landesverbandes Jüdischer Gemeinden, verurteilte in einem Artikel vom 10. August die Streichung der Mittel und nannte es »ein Unding«. Schulklassen hatten schon den Besuch der Gedenkstätte storniert.

Aber dann die erfreuliche Meldung: Am 18. August verkündete der neue Kultusminister Dr. Bernd Althusmann, dass auch in diesem Jahr Fahrten zu NS-Gedenk- und Dokumentationsstätten finanziell gefördert werden, denn »die Förderung der Erinnerungsarbeit muss höchste Priorität haben«. Das Kultusministerium stellt der Stiftung Niedersächische Gedenkstätten für diesen Zweck kurzfristig zusätzliche Mittel in Höhe von 50 000 Euro als Zuwendung zur Verfügung.

Eine kluge Entscheidung. Aber es muss auch für die Zukunft sichergestellt sein, dass weiterhin Gelder in ausreichendem Maße bereitgestellt werden.

Artikel für die *antifa*-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 331136
Fax: (0511) 3360221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Redaktion: Michael Rose-Gille

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden für ihre Arbeit auf das Konto 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

VW-Zwangsarbeiter geehrt

Besonderes Mahnmal in Wolfsburg eingeweiht

65 Jahre hat es – nach viel Druck von unten – gedauert, bis am 18. Juni in Wolfsburg ein Mahnmal für die mehr als 20 000 Zwangsarbeiter/innen und KZ-Häftlinge feierlich im Beisein von neun Überlebenden im Alter von 81 bis 89 Jahren enthüllt wurde.

Wehrwirtschaftsführer und VW-Gründer Ferdinand Porsche hatte als Werksleiter die Zwangsarbeiter/innen und KZ-Häftlinge für die Rüstungsproduktion angefordert. So entsandte im Mai 1944 das Volkswagenwerk den Betriebsingenieur Artur Schmiele nach Auschwitz, um dort noch weitere arbeitsfähige Menschen zur Zwangsarbeit in die »Stadt des KdF-Wagens« zu selektieren. Noch im November 1944 wurde Porsche selbst aktiv, um weibliche Häftlinge von den nach Auschwitz deportierten Jüdinnen zur Sklavenarbeit zu bekommen.

Das Mahnmal zeigt einen in Bronze gegossenen Baumstumpf, in den ein junger russischer Zwangsarbeiter 1944 in kyrillischer Schrift mühsam eingeritzt hatte: »Eduard, 18 Jahre, 29.5.1944. Zur Erinnerung an die russische Jugend.« Hinzugefügt hatte er liebevoll und detailliert einen Rosenzweig mit Blättern und Knospe. Die Einritzungen waren mit dem Baum gewachsen und im Wolfsburger Stadtwald glücklicherweise von dem Fotografen Gottschick entdeckt worden.


VW und Stadt ließen sich nicht lumpen: Das Mahnmal vor der Enthüllung.
Bild: Mechthild Hartung

Der mit den wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen abgestimmte Text der Mahnung liegt als Bronzeplatte in Form des Baumstumpfs Schattens auf einem leicht erhobenen Hügel. Diese besondere Idee der Gestaltung hatte die Bildhauerin Sabrina von Weizsäcker entwickelt, Witwe des Künstlers Andreas von Weizsäcker, der die Nachbildung des Baumstumpfs gefertigt hatte.

Das Mahnmal steht in der Innenstadt an der Stelle, an der zur Zeit des Faschismus Ostlager und Gemeinschaftslager durch die damalige Lagerstraße, heute bezeichnender Weise Porschestraße genannt, getrennt waren. Der Kampf um die Umbenennung der Porschestraße dauert an. Wenigstens der Platz des Mahnmals wurde im Beisein der ehemaligen Zwangsarbeiterin Sarah Frenkel nach ihr benannt.

Mechthild Hartung

Flüchtlinge setzen sich zur Wehr

Menschenrecht für alle!

Juli 2010: Die im Landkreis Gifhorn untergebrachten Flüchtlinge wehren sich öffentlich gegen ihre menschenunwürdige Unterbringung im Gewerbegebiet des abgelegenen Dorfes Meinersen.



Angesichts ihrer verzweifelten Lage scheuen sie nicht mehr mögliche Nachteile für ihr Asylverfahren. Familien – von der Großmutter bis zu den Enkelkindern – wohnen dicht gedrängt in einem Zimmer. Von den ohnehin nicht ausreichenden sanitären Anlagen ist die Hälfte kaputt. Die gefährlichen Wege der Kleinkinder in die Grundschule über eine befahrene Hauptstraße ohne Ampel, die teuren Wege zu Ämtern, Ärzten, Geschäften und den fremdenfeindlichen Umgang mit ihnen wollen die Asylsuchenden nicht mehr hinnehmen. Niedersächsischer Flüchtlingsrat, VVN-BdA, SJD – Die Falken und Flüchtlinge jeden Alters waren eine fröhliche und kämpferische Gemeinschaft. **M. H.**

John Elsas: Ausstellung in der Synagoge in Celle

»John Elsas – Der Gespenster-Berg, Collagen & Aquarelle.« So lautet der Titel der aktuellen Ausstellung in der Synagoge von Celle, Im Kreise 24.

Elsas, 1851 als Jonas Mayer Elsaß in Frankfurt/M. geboren, war Börsenmakler und begann sich in den 20er-Jahren künstlerisch zu betätigen. So stellte er in Berlin, München, Zürich und Basel aus und wurde recht bekannt. Nach seinem Tod 1935 packte seine Tochter die Bilder in zwei Kisten, die sich bis ins Jahr 2000 ungeöffnet im Familienbesitz in der Schweiz befanden. Seitdem wird sein Werk neu entdeckt.

Die Ausstellung bietet einen Querschnitt durch das Werk von John Elsas, einen besonderen Schwerpunkt bilden dabei die Blätter mit Bezug zur Zeitgeschichte.

Noch bis 19.9. dienstags bis donnerstags 10 bis 17 Uhr, freitags 9 bis 16 Uhr und sonntags 10 bis 17 Uhr, Eintritt frei.

Kreis Soltau-Fallingbostel:

Nazi-Skat verhindert

Die NPD hatte ihre Mitglieder und Freunde zum Skat- und Knobelturnier für den Freitagabend des 16. Juli in den »Stichter Krug« nach Neuenkirchen im Landkreis Soltau-Fallingbostel eingeladen. Als das eine Woche zuvor bekannt wurde, forderten Antifaschist/innen und Gewerkschafter/innen den Wirt mehrfach auf, den Nazi-Skat abzusagen. Ein Bündnis aus Initiativen, Parteien und Gewerkschaften rief kurzfristig zur Protestaktion auf. Diese Aktion war nicht mehr notwendig, denn der Wirt folgte der Aufforderung und sagte den Nazis ab – wenn auch nur widerwillig. Widerwillig auch deshalb, weil die Nazis seit 2009 bereits etliche Veranstaltungen bei ihm durchgeführt haben.

Bündnissprecher Charly Braun vom DGB bedankt sich in diesem Zusammenhang für den speziellen Einsatz der örtlichen Sozialdemokratie.

»Die Rauheit des Ortes symbolisieren«

Münster-Hiltrup: Zwangsarbeiter-Denkmal im Waldpark errichtet

Am 9. Juli wurde ein Gedenkensemble zum Gedenken an die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Hiltrup errichtet. Schon seit 15 Jahren gedenkt alljährlich der Ökumenische Kreis für Frieden und Gerechtigkeit am Volkstrauertag auf dem Hiltruper Friedhof der dort begrabenen ZwangsarbeiterInnen. In den 90er-Jahren war ein Versuch, einen Gedenkstein an die ZwangsarbeiterInnen in Hiltrup an der CDU gescheitert. Dieses Mal wurde die Aufstellung des Gedenkensembles einstimmig durch die Bezirksvertretung unterstützt.



Detlef Lorber (VVN-BdA Münster), Bezirksbürgermeister Schmitt, Künstler Bodo Treichler und Sozialdezernent Paal betrachten das Kunstwerk und »verneigen sich somit symbolisch vor dem Ort der Sklavenarbeit und der hier zerstörten Lebensläufe«.

Unter den Nationalsozialisten waren in Hiltrup an 94 Stellen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingesetzt. Im ehemaligen Lager »Waldfrieden« im Hiltruper Waldpark waren in zehn Baracken bis zu 480 Zwangsarbeiter untergebracht.

Das Leben war von Hunger und Elend geprägt: So erzählt die 1943 als Zehnjährige ins Lager gekommene Nina Gridenewa: »Ich erinnere mich gut an den starken Hunger, wie die Erwachsenen zur Arbeit weggetrieben wurden, und wie man uns zur Arbeit in den Lagern zwang.« Der russische Zwangsarbeiter Nikolai Karpow, einer der damaligen Internierten, schreibt in seinem Buch »Der kleine Ostarbeiter«: »Es kam einem seltsam vor, wie dieses schöne, durch den Fleiß der Menschen bereicherte Land nach Raubtiergesetzen lebte«.

Bernhard Roer, Pastoralreferent der katholischen Gemeinde St. Marien in Hiltrup unterstrich bei der feierlichen Einweihung des Gedenkensembles: »Kein Gras darf wachsen über die Leiden der Frauen, Männer und Kinder, die damals – aus ihren Heimatländern verschleppt – hier in engen Baracken unter unwürdigen Bedingungen interniert waren, von Stacheldraht umzäunt, von Wachmannschaften bewacht, zur Arbeit gezwungen im Röhrenwerk, bei Landwirten in der Umgebung und beim Wegräumen der Bombentrümmer in der Stadt Münster. [...] Mögen der Gedenkstein und die Gedenktafeln Stolpersteine sein für alle!«

Der Münsteraner Sozialdezernent Thomas Paal unterstrich in seiner Rede: »Aus der Geschichten lernen – das galt auch für die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes.«

Abschließend umriss der ausführende Bildhauer Bodo Treichler aus Münster das Konzept des Gedenkensembles aus Gedenkstein und drei Info-Tafeln: »Eine Seite des Steins ist rau behauen und soll die Rauheit des Ortes symbolisieren. [...] Die Erinnerungs-Tafel ist bewusst nicht in Augenhöhe des Betrachters angebracht. Sie ist nach unten versetzt eingelassen, der Betrachter muss sich deshalb verneigen um den Text der Gedenktafel zu lesen und verneigt sich somit symbolisch vor dem Ort der Sklavenarbeit und der hier zerstörten Lebensläufe.«

Die Errichtung des Denkmals wurde durch ein Bündnis aus den Hiltruper Kirchengemeinden, der Bezirksvertretung Hiltrup, des Hiltruper Ökumenischen Kreises für Frieden und Gerechtigkeit und der Münsteraner VVN-BdA getragen.

Jan Große Nobis

Seltener Granit bestimmte Standortwahl für KZ

Exkursion nach Straßburg und zu dem ehemaligen KZ Struthof

An einem Samstagmorgen bei Nieselregen gelangten wir zum ehemaligen KZ Struthof in der Nähe von Natzweiler.

Hier erwartete uns Paul Bauer, der uns zusammen mit Esther Broß (beide Mitglieder des Bundesausschusses der VVN-BdA), sehr kompetent und engagiert durch das Gelände führte. Ausschlaggebend für die Standortwahl dieses KZs war das Vorkommen eines seltenen roten Granits, den die Nazis für ihre monströsen Bauten verwenden wollten. Die SS-eigene DEST GmbH (Deutsche Erd- und Steinwerke) übernahm den Steinbruch und ließ im Mai 1941 in der Nähe des Mont Louise das KZ Struthof errichten. Die mörderische Arbeit im Steinbruch musste von den KZ Häftlingen verrichtet werden.

Durch das neuerrichtete Lagertor (das Originaltor ist 1976 durch eine Autobombe zerstört worden) betraten wir das Lagergelände und befanden uns an der höchsten Stelle des Lagers, das auf einem Nordhang mit 20prozentiger Steigung gelegen ist. Von jeder Stelle des KZs war für die Häftlinge die Endstation, das Krematorium, tief unten in der Ebene zu sehen. Eine Flucht war so gut wie ausgeschlossen; die Überwachung des relativ kleinen, durch einen doppelten Elektrozaun gesicherten Lagers war relativ einfach, aber auch die zum Überleben notwendige Solidarität der Häftlinge untereinander verhinderte ein derartiges Handeln, das für die Zurückgebliebenen nur noch zusätzlichen Terror bedeutet hätte. Zu der normalen täglichen Schikane gehörte, dass die durch die unmenschlichen Lager- und Arbeitsbedingungen entkräfteten Häftlinge die Lagerstraße und -treppen immer hochrennen mussten.

Neben der Arbeit in dem Steinbruch und auf Bauernhöfen in der nahen Umgebung wurden die Häftlinge zunehmend in der deutschen Kriegsindustrie, d.h. in den Werken von Junkers, BMW, Daimler, Messerschmid, Heinkel, IG Farben, Bosch und anderen eingesetzt, insgesamt wurden 70 Außenlager eingerichtet. Häftlinge mussten Produktionsstätten in unterirdischen

(Fortsetzung auf Seite 13)

Bitte vormerken:

Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA NRW

Samstag, 26. Februar 2011, Düsseldorf, Verdi-Haus

Die Kreisorganisationen entsenden je zehn Mitglieder eine/n Delegierte/n.

Gäste aus der VVN-BdA sind herzlich willkommen.

Nähere Informationen ab Oktober unter www.nrw.vvn-bda.de

Abschied von Maria Wachter

Sie starb kurz nach ihrem 100. Geburtstag

In Nordrhein-Westfalen war Maria Wachter eine der letzten Überlebenden aus dem Widerstandskampf gegen den Faschismus. Nach einem kampferfüllten Leben ist sie am 18. August, vier Monate nach ihrem 100. Geburtstag, in Düsseldorf verstorben.

Aus einer sozialdemokratischen Familie stammend, wurde die junge Angestellte 1930 Mitglied der KPD. Als Laienschauspielerin wirkte sie mit Wolfgang Langhoff zusammen und trat auf Straßen und Plätzen im Kampf gegen die Nazis auf. Vor dem Industrieclub demonstrierten am 26. Januar 1932 junge Gewerkschafter gegen Hitler. Maria Wachter, eine die dabei war, erinnert sich: »Im Sprechchor riefen wir ›Hitler, das ist der Krieg!‹ Die berittene Polizei ging gegen uns vor, während der ›Führer‹ drinnen im Industrieclub den lebhaften Beifall – und dann auch das Geld – der Wirtschaftsführer Henkel, Krupp, Stinnes, Thyssen, Flick, Kirdorf und anderer erhielt.«

Von 1933 bis 1935 wirkte sie im Untergrund und Widerstand in Düsseldorf. Von 1935 bis 1937 absolvierte Maria die Internationale Lenin-Schule in Moskau. Von 1937 bis 1939 von Amsterdam aus: Widerstandskampf in Deutschland. 1939 Verhaftung in Paris und Internierung. 1942 zu Zuchthaus in Deutschland verurteilt, dann Zwangsarbeit. Die Befreiung im April 1945 rettete sie vor der Deportation ins KZ Ravensbrück.

Wieder in Düsseldorf erlebte sie bald, daß der Antikommunismus erneut zur Staatsdoktrin wurde. Antifaschisten wurden aus den Ämtern gedrängt, 1951 wurde die FDJ verboten, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) wurde mit Verbot bedroht. 1956 dann wurde die KPD erneut in die Illegalität gedrängt. Unter der Beschuldigung, gegen das Urteil verstoßen und die illegale Betriebsgruppe der Partei im Stahlwerk Oberbilk angeleitet zu haben, wurde sie 1958 inhaftiert und vor Gericht gestellt. Eine »Unverbesserliche« sei sie, hatten die Richter mit Verweis auf die ihnen vorliegenden Gestapo-Akten befunden. Maria Wachter musste zwar freigesprochen werden, die Opferrente als Verfolgte des NS-Regimes wurde ihr jedoch abgesprochen.

Mit Gründung der VVN wurde sie Mitglied dieser Opfer- und Widerstandsorganisation. Maria war viele Jahre in Bundesgremien und später im Landesausschuss der VVN-BdA NRW verantwortlich tätig. Zuletzt war Maria Ehrenvorsitzende der VVN-BdA NRW.


Maria Wachter.

Ihre Erfahrungen gab sie mit großer Überzeugungskraft an nachwachsende junge Generationen weiter. Dem Militarismus und Neofaschismus galt ihr Kampf bis zuletzt. Angesichts der Naziaufmärsche in Düsseldorf fungierte Maria noch mit 90 Jahren als Anmelderin von Gegendemonstrationen. »Die Nazis haben 1933 das ›Recht auf die Straße‹ für sich in Anspruch genommen. Wir, die Überlebenden aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern, kennen die entsetzlichen Folgen. Deshalb erklären wir mit aller Entschiedenheit und ganz offen: Auch wenn höchste Gerichte Nazi-Zusammenrottungen genehmigen, versperrt Ihnen den Weg! Blockiert die Straßen und Plätze, wenn sie kommen. Das sind wir 55 Millionen Opfern des faschistischen Raubkrieges schuldig. Wir sind froh, heute an unserer Stelle so viele junge Menschen grüßen zu können, die unseren Kampf gegen alte und neue Faschisten mutig fortsetzen.«

Für ihre Arbeit im Förderkreis der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf wurde ihr dort die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Mit Dankbarkeit blicken wir auf ihre Jahrzehnte andauernde antifaschistische Arbeit zurück. Sie wird uns immer ein Vorbild bleiben.

Jürgen Schuh

Fortsetzung von Seite 12)

Tunnels bauen und wurden zum Ölschieferabbau herangezogen. Im Rahmen des sogenannten Projekts »Wüste« sollte Treibstoff hergestellt werden. Der größte Teil der Häftlinge überlebte diese »Arbeitseinsätze« nicht. Am untersten Punkt des Lagers befanden sich auch der Bunker mit den Arrestzellen – der Prügelbock ist noch zu sehen – und die Zellen für die »medizinischen« Experimente. Mitglieder der faschistischen Reichsuniversität Straßburg, allen voran August Hirt, mordeten hier auf besonders grausame Weise. Natzweiler-Struthof gehörte zu den KZs mit einer der höchsten Todesrate, von 52 000 Deportierten, die aus ganz Europa hierhin verschleppt wurden, haben ca. 22 000 Menschen das Lager nicht überlebt. Das Krematorium war so ausgelegt, dass der Verbrennungsofen die Energie für die Warmwasserbereitung lieferte, und die Asche aus dem Verbrennungsofen wurde in die Kloake geleitet und als Düngemittel an die Bauern in der Umgebung verkauft wurde. (Zynischerweise durften Arier, die vermeintliche Asche von ihren Angehörigen in einer Urne käuflich erwerben.) Paul Bauer stellte zu Recht die Frage, welche Gehirne denken sich diese restlose Verwertung von Menschen bzw. ihren Leichen aus?

Zweifelsohne wussten die Menschen in der Umgebung des Lagers von seiner Existenz. Die Häftlinge waren sichtbar, wenn sie vom acht Kilometer entfernten Bahnhof von Rothau die Straße ins Lager hochgetrieben wurden; auch die Arbeiten im Steinbruch, das Lager waren sicht- und hörbar. Häftlinge wurden auch in den umliegenden Betrieben als billigste Arbeitskräfte

(Fortsetzung auf Seite 14)

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (0202) 450629
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28212-435, BLZ 36010043

Widerstand im Münsterland

Neue Broschüre und Ausstellung

Die Villa ten Hompel aus Münster hat eine große Ausstellung zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Münster und im Münsterland für die Münstersche Patenstadt Orléans erstellt.

Dabei werden auf den Schautafeln einzelne Schicksale vorgestellt u. a. auch Franz Schopp, KPD/DKP Funktionär und Schlosser aus Münster.

Die Tafeln befassen sich mit Kontroversen, Symbolfiguren, mit Priestern in den Gemeinden, Widerspruch in der Schule, Oppositionelle Sozialdemokraten und Kommunisten. Dazu gibt es eine zweisprachige Broschüre in französisch und deutsch.

Ortwin Bickhove-Swiderski aus Dülmen sagte uns: „Ich hatte bei unserer Dülmener Bürgermeisterin angeregt, diese Ausstellung von Orleans in unsere französische Patenstadt von Dülmen zu holen und dann auch nach Dülmen.“ Der Termin wird bekanntgegeben, die Broschüre ist in der Villa ten Hompel erhältlich.

NRW

Granit bestimmte Standortwahl für KZ

(Fortsetzung von Seite 13)

eingesetzt, betonte Paul Bauer. In den Dörfern der Umgebung hätten heute die Faschisten (wieder) Fuß gefasst, die »Front National« erziele hier Wahlergebnisse von über 20 Prozent. Umso wichtiger sei es, heute den Faschisten keinen Fußbreit zu lassen, aufzuklären über die Absichten der Faschisten, sich gegen Ausgrenzung und Unrecht zu wehren und internationale Solidarität zu leben.

Zum Abschluss besichtigten wir das in einer der Häftlingsbaracken untergebrachte Lagermuseum sowie das »Europäische Zentrum des deportierten Widerstandskämpfers«. Dieses 2005 eröffnete Zentrum ist um den sogenannten Kartoffelkeller – einer Einrichtung, die unter härtesten Bedingungen von den Häftlingen gebaut werden musste – errichtet. Die Ausstellung informiert über die Entwicklung des Faschismus und die großen KZs und Widerstandbewegungen in den einzelnen Ländern. Allerdings – wie so oft – hätte der historische Moment, in dem die deutschen Unternehmer dazu übergingen, die Faschisten zu unterstützen, deutlicher herausgestellt werden können, um so die Entstehung und Entwicklung des mörderischen faschistischen System begreiflicher zu machen.

Am letzten Tag führte uns der Literaturwissenschaftler Stefan Woltersdorff, Autor des Buches »Straßburg für Leser«, sehr klug und vergnüglich durch die Straßburger Innenstadt. Er führte uns auch auf den Spuren der Flüchtlinge vor dem Nazi-Regime. Nach Straßburg emigrierte u.a. der Journalist Berthold Salomon Jakob, der schon früh über die Aufrüstung der Reichswehr berichtet hatte und deshalb wegen Landesverrat zusammen mit Carl von Ossietzky im Gefängnis saß.

Dass Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist, haben wir auf der Fahrt erneut erfahren. Bei der evangelischen Kirche Düsseldorf möchten wir uns für ihre großzügige Unterstützung bedanken, so wurde es uns ermöglicht, auch jüngere Antifaschistinnen und Antifaschisten mitzunehmen.

Gisela Blomberg/Falk Mikosch

HAMBURG

Verdi-Ehrung für Zivilcourage

Gewerkschaft zeichnet Antifaschistinnen aus

Am 24. Juni vergab die Gewerkschaft Verdi in Hamburg zum siebten Mal an sechs Persönlichkeiten die mit insgesamt 4000 Euro dotierte Herbert-Wehner-Medaille. Damit werden in jedem Jahr Menschen geehrt, die sich mit Zivilcourage gegen Neofaschismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.

Unter ihnen waren vier Mitglieder der Hamburger VVN-BdA: Esther Bejarano, Antje Kosemund, Elsa Werner und Steffi Wittenberg, alle Überlebende der Nazidiktatur und des Holocaust. Die Laudatio hielt der frühere Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose MdB. Die Geschichtsdidaktikerin Waltraud Schreiber sagte: »Die vier Frauen sind herausragende Vorbilder, zum Teil mit Ausstrahlung weit über Hamburg hinaus. Seit vielen Jahren gehen sie in Schulen und Gesprächsrunden. Die NS-Überlebenden stellen sich tagtäglich der Daueraufgabe Vergangenheitsbewältigung.« In der Würdigung der Jury hieß es: »Wenn wir die vier Frauen ehren, ehren wir sie stellvertretend für alle Zeitzeugen, sie auf dem Feld der Erinnerungsarbeit tätig sind. Sie alle sorgen mit ihrem Kampf gegen das Vergessen dafür, dass sich Geschichte nicht wiederholt.«

Außerdem erhielten die Medaille Jan Hendrik Saxe und Timo Versemann, zwei Jugendliche aus Tostedt (Landkreis Harburg). Sie engagieren sich weiterhin gegen die dort immer frecher auftretenden Neonazis, obwohl im Haus ihrer Eltern schon Scheiben eingeworfen und an den Autos Radmuttern gelockert wurden.

hjm, nach ver.di-Publik

Fahrten – Gedenken – Filmveranstaltungen:
Hamburger VVN-Termine im Herbst

Sonnabend, 11. September
Busfahrt zum Cap-Arcona-Museum in Neustadt.
Abfahrt 9 h in Harburg am Helms-Museum, 9.30 h am ZOB in Hamburg. Ab 12 h rund drei Stunden Führung. Rückkehr in Hamburg ca. 17 h. Kosten: 20 Euro, ermäßigt 10 Euro. Anmeldung: VVN-BdA Hamburg oder per E-Mail an hjm-harburg@t-online.de

Samstag, 11. September
An die Hamburger Opfer der NS-Militärjustiz erinnern! Ein Deserteursdenkmal für Hamburg!
Während Hamburg am »Tag des offenen Denkmals« zu »Stätten des Genusses« einlädt, erinnern wir am 11. September am »Kriegsklotz« an diejenigen, die sich nicht am verbrecherischen Krieg der Wehrmacht beteiligen wollten. In Hamburg wurden Hunderte von ihnen am Truppenschießplatz Höltigbaum erschossen oder am Holstenglacis geköpft.
Bündnisveranstaltung auf Initiative der Willi-Bredel-Gesellschaft, unter anderen mit Beiträgen von Ludwig Baumann und Dr. Detlev Garbe.
17 bis ca. 21 h, »Kriegsklotz« am Dammtorbahnhof

Sonntag, 12. September
Internationaler Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg
Gedenkveranstaltung
Bitte Blumen mitbringen!
11 h, Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer

Sonntag, 19. September
Antifa-Filmreihe
»Das Jahrhundert des Sturms«
Film v. Fernando Birri nach dem Buch von Eduardo Galeano.
D, F, S, RA, ROU 1999, 86 min.
Geschichte des 20. Jhds. aus lateinamerikanischer Sicht
17 h, Kino Metropolis

Sonntag, 26. September
Antifa-Filmreihe
»Zucker und Salz«
Dokumentarfilm von Tobias Kriele, C 2010, 29 min., OmU
Vier junge Frauen steigen nach dem Aufruf Fidel Castros in die Sierra Maestra, um dort die Reihen der freiwilligen Lehrer zu verstärken. Dort begründet sich ihre enge Freundschaft. María de los Ángeles Pernas und Elena Aragó, zwei der Frauen, werden zusammen
mit dem Filmemacher der z. Zt. in Kuba lebt und arbeitet, bei der Matinée anwesend sein.
11 h, Kino Metropolis

Sonntag, 17. Oktober
Antifa-Filmreihe
»Der Prozess von Nürnberg, 1. Teil«
Film von Christian Delage, F 2006, 90 min.
Im Mittelpunkt des Films stehen Aktivistinnen des polnischen Widerstands, die nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstands in das Emslandlager Oberlangen verschleppt wurden.
17 h, Kino Metropolis

Sonntag, 7. November
Antifa-Filmreihe
»Der Prozess von Nürnberg, 2. Teil«
Ausgehend vom Untergang der Cap Arcona und der Thielbeck begeben wir uns auf die Spuren der mehr als 7000 Häftlinge aus Neuengamme, die bei dieser Tragödie noch kurz vor der Befreiung ihr Leben verloren.
17 h, Kino Metropolis

Dienstag, 9. November
»Nichts und niemand ist vergessen.« Gedenken an die Pogrom-Nacht.
Erfreulicherweise hat Dr. Linde Apel einen Beitrag zugesagt.
15.30-17 h, Joseph-Carlebach-Platz

Donnerstag, 11. November
Gedenkveranstaltung des Auschwitz-Komitees zur Pogrom-Nacht
19 h, Großer Hörsaal HWP



Hetze gegen eine fortschrittliche Schulreform wollte die NPD am 17. Juli in Wandsbek betreiben. Gegen diese Provokation formierte sich schnell Widerstand, besonders aus der Studierendenschaft.
Bild: hjm

Stolpersteine für schwule Seeleute

Hamburgs Christopher-Street-Day gedenkt verfolgter Männer

Am 8. August wurden im Rahmen des Christopher-Street-Days in Hamburg Stolpersteine für vier schwule Seeleute eingeweiht, die Opfer des Faschismus geworden waren.

Sie alle wohnten zuletzt in einem Haus der Seemannsmission in der Neustadt, dicht am Hafen. In den 1930er-Jahren kamen sie mit dem von den Nazis erheblich verschärften Paragrafen 175 in Konflikt und wurden zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt. Otto Schnatbaum kam 1942 im Zuchthaus Berlin-Moabit um, vermutlich durch Selbstmord. Franz Gilde wurde nach der Haft ins Außenkommando Salzgitter-Drütte des KZ Neuengamme eingewiesen und dort 1944 erschossen. Die beiden anderen wurden in der Haft psychisch krank und kamen in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn. Dort starb James Seland 1940 an den Haftfolgen. Helmut Nehrig wurde 1944 nach Meseritz-Obrawalde in der Neumark (heute Polen) in die Todesanstalt für Behinderte deportiert und dort ermordet. Die Stolpersteine geben den vergessenen Opfern wieder einen Namen. **hjm**

»Sex-Monster« soll Notwendigkeit der Fußfesseln belegen

Der Überwachungsstaat breitet sich aus

Ein älterer Mann, der wegen Vergewaltigung vorbestraft ist und nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs aus der Sicherungsverwahrung entlassen werden musste, wurde jetzt in Hamburg untergebracht.

In der Presse wurde kolportiert, der Mann sei eine »tickende Zeitbombe«, die rund um die Uhr von 24 Polizisten bewacht werden müsse, was 50 000 Euro pro Woche koste. Die Adresse des Mannes sollte geheim bleiben, sie wurde jedoch dem Springer-Konzern zugespielt. Die Bild-Zeitung machte sie öffentlich, sie befand sich natürlich nicht in Blankenese, sondern in einem armen Wohnviertel in Harburg. Nun konnte der »Volkszorn« losbrechen, was mit Demonstrationen auch geschehen ist. Und dies natürlich mit begeisterter Zustimmung der Neonazis.

50 000 Euro gibt der Hamburger Senat also aus, um eine Kampagne für die Einführung der »elektronischen Fußfessel« sowie gegen den Menschenrechtsgerichtshof loszutreten, als wenn wir nicht schon genug Überwachungsstaat hätten. Obwohl diese »Fessel« mit Sicherheit verfassungswidrig ist, wird sie jetzt bundesweit diskutiert. Ein anderer Vorschlag ist, eine Art »Knast light« zu bauen, um die längere Sicherungsverwahrung durch die Hintertür doch noch einzuführen. Und dies, obwohl bekannt ist, dass 90 Prozent der nachgeschobenen und illegalen Haftstrafen völlig Unschuldige träfen.

Die Sicherungsverwahrung ist übrigens erstmals von den Nazis eingeführt worden, durch das »Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher« vom 24. November 1933. Vorher gab es das im deutschen Strafrecht nicht. **hjm**

Redaktion: H.-J. Meyer

Nächster Redaktionsschluss ist Donnerstag, der 7. Oktober.
Zuschriften bitte an die Landesgeschäftsstelle VVN-BdA Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,
Tel.: (040) 314254
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für Hamburger VVN-BdA!

Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg
Haspa, BLZ 200 505 50
Kto-Nr. 1206/127 183

Haupt- und Realschule Bunatwiese

Schüler auf Spurensuche nach jüdischen Opfern

Fünfzehn Schüler der Harburger Haupt- und Realschule Bunatwiete im Alter von 15 und 16 Jahren haben monatelang nach bisher unbekannten Harburger Juden geforscht, die nach Theresienstadt deportiert worden sind.

Einer von ihnen ist Leo Jacobsohn, der kurz nach seiner Entlassung aus Theresienstadt starb. Für ihn wird der Kölner Künstler Gunter Demnig am 29. September in Harburg einen Stolperstein verlegen. Die Arbeit der Schüler wurde Ende Juni der Öffentlichkeit vorgestellt. Zugegen war auch die Prager Professorin Dr. Dagmar Lieblová, die in Auschwitz ihre Eltern und ihre Schwester verloren und mehrere Konzentrationslager überlebt hatte. Sie gehörte zu den etwa 500 Jüdinnen, die ab Juli 1944 in den Außenkommandos des KZ Neuengamme am Dessauer Ufer, in Neugraben und in Tiefstack schwerste Zwangsarbeit leisten mussten. Ihre „Endstation“ war Bergen-Belsen, wo viele noch kurz vor ihrer Befreiung den Tod fanden. **hjm**

Riesenlärm gegen Rechts

Nazi-Aufmarsch mit Vuvuzelas übertönt

Am 17. Juli versammelten sich einige NPD-Anhänger am Busbahnhof Wandsbek-Markt, um für die Ablehnung der Primarschule zu mobilisieren. Die Veranstaltung war ein totaler Fehlschlag, denn die Gegendemonstranten machten einen Riesenlärm, vor allem mit den auf der WM in Südafrika so beliebten Vuvuzelas, so dass die Redner trotz Lautsprechers nicht zu verstehen waren.

Am 24. Juli tauchten einige Nazis auf dem Ohlsdorfer Friedhof am Mahnmal für die Bombenopfer auf, um gegen die Bombardierung Hamburgs im Juli 1943 zu demonstrieren. Das Vorhaben wurde von der Polizei verhindert. **hjm**

Unvergessen: Die Todesurteile von Zwickau

Erinnerung und Gedenken an Prozesse gegen »Schwarze Legion«

Im Rahmen der jährlichen Gedenkveranstaltungen in Dresden für die Opfer der »Schwarzen Legion« aus Gostyn in Polen kam auf Einladung der VVN-BdA Zwickau eine Delegation aus der polnischen Stadt Gostyn im Juni nach Zwickau.

Hintergrund sind die Prozesse gegen Mitglieder der »Schwarzen Legion« und des »Salesianer Ordens« aus Gostyn im Zeitraum März bis August 1942 am damaligen Landgericht Zwickau. Zwölf Mitglieder der »Legion« und fünf Mitglieder des »Ordens« wurden zum Tode durch Enthauptung verurteilt.

Begrüßt wurden die Gäste zur diesjährigen Gedenkveranstaltung vom Präsidenten des Landgerichtes Zwickau Norbert Radmacher, und dem Vorsitzenden der VVN-BdA Zwickau Günter Weigel. Bereits vor einigen Jahren gab es den ersten Kontakt zwischen Gostyn und der VVN-BdA Zwickau. Seitdem besteht der Vorschlag, am Amtsgericht Zwickau eine Gedenkplatte zur Erinnerung anzubringen. In einem Schreiben der Stadt an das Landgericht Zwickau schlug die Oberbürgermeisterin nun vor, die Ereignisse dieser Zeit durch ein Schülerprojekt erforschen zu lassen und dann im Ergebnis darüber über die Gedenkplatte zu entscheiden.



Begrüßung der polnischen Gäste vor der Kirche St. Johann Nepomuk.

Uwe Adamczyk, Sprecher der VVN-BdA Sachsen, stellte nun den Text der Gedenktafel vor: »In Gedenken an die im Landgericht Zwickau am 13. Mai und 1. August 1942 durch ein Freislersches Blutgericht zum Tode durch Enthauptung verurteilten zwölf polnischen Patrioten der ›Schwarzen Legion‹ Gostyn und fünf Angehörigen des ›Salesianer-Ordens‹, die für die Freiheit ihrer Heimat ihr Leben gaben. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!«

Er überreichte ein Muster der Gedenktafel an den Landgerichtspräsidenten und sprach die Hoffnung aus, daß doch möglichst zeitnah nun am Landgericht eine solche Gedenktafel angebracht werden sollte.

Nach dem Gespräch besuchten die Veranstaltungsteilnehmer den Schwurgerichtssaal, in dem 1942 die Prozesse geführt wurden. Marian Sobkowiak, letzter Überlebender der damals verurteilten Mitglieder der »Schwarzen Legion«, Träger des Bundesverdienstkreuzes und der Ehrenmedaille der Stadt Dresden, erzählte sehr persönlich über seine Erlebnisse in Zwickau. Seine Schilderungen ging allen Teilnehmern sehr nahe.

Uwe Adamczyk

Hess-Gedenken per Fußballturnier im Vogtland

Naziprovokation jährt sich zum zehnten Mal

Zum nunmehr zehnten Mal laden Neonazis jährlich zum so genannten »Rudolf Heß Gedenkturnier« ins Vogtland ein. Antifaschistischen Gruppen aus der Region ist das braune Fußballturnier seit 2002 bekannt.

Seit dem ersten Bekanntwerden und der aktuellen Einladung zum »Rudolf Heß Gedenkturnier« liegen fast zehn Jahre. In dieser Zeit wurde das Fußballturnier zur festen Größe im Kalender für Neonazis aus dem Vogtland. Während man in den ersten Jahren teilweise noch öffentlich (Internet) zur Teilnahme einlud, änderte sich ab 2006 die Strategie.

Ein Grund für die Strategieänderung war sicherlich das „Gedenkturnier“ 2005 in Teichwolframsdorf. Zitat aus der Ostthüringer Zeitung vom 16.05.05: »Diese Veranstaltung war bei der Gemeinde nicht angemeldet. Ich habe lediglich einmal eine telefonische Anfrage aus Nitschareuth gehabt, ob einige Jugendliche auf dem Platz am einstigen Krankenhaus mal ein bisschen Fußball spielen könnten. Daraufhin habe ich den Anrufer an den Pächter des dortigen Areals verwiesen. Als ich am Freitag allerdings den Personenkreis sah, der dort anreiste, habe ich vorsorglich die Behörden informiert«.

In den folgenden Jahren fand das Turnier unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf Privatgrundstücken statt. Einladungen wurden weiterhin über das Internet verschickt oder die Termine persönlich weitergegeben.

Ein Beleg für das Fortbestehen des neonazistischen Propagandaspektakels mit »sportlicher« Betätigung sind Recherchen regionaler Antifagruppen und ein letztes Jahr erschienener Artikel beim »blick nach rechts«.

In der lokalen Presse wurde das »Fußballspiel der Rechten« nur am Rand erwähnt. Hintergründe wie zum Beispiel, dass dieses Fußballturnier schon seit Jahren unter dem Namen »Rudolf Heß Gedenkturnier« stattfindet und nicht nur der sportlichen Betätigung dient, fanden keine Erwähnung. Eher bekam man beim Lesen der Pressemeldung den Eindruck, dass die Polizei harmlose Jugendliche beim Fußball spielen störte.

Im Zusammenhang mit dem »Rudolf Heß Turnier«, fällt oftmals der Name »Braune Teufel Vogtland«. Von Anfang an war die Kameradschaft maßgeblich an der Organisation dieser Veranstaltung beteiligt. Der – angeblich als Fußballmannschaft gegründete – Verbund von Neonazis aus dem Vogtland ist trotz wiederkehrender strafrechtlicher Verfolgung einiger Mitglieder weiterhin aktiv.

Ob von Anfang an die Idee bestand, eine Alternative zu den jährlich, in anderen Teilen Deutschlands, stattfindenden »Rudolf Heß Gedenkveranstaltungen« zu etablieren, kann nicht belegt werden. Eine rege Vernetzung und das Gefühl einer »Volksgemeinschaft« verschiedener Neonazigruppen wurden und werden weiterhin ermöglicht.

Fazit: Seit vielen Jahren schaffen es Neonazis, von der Öffentlichkeit kaum bemerkt oder wahrgenommen, die braune Erinnerungskultur mit Erlebniskultur zu paaren. Dank ausreichender eigener Grundstücke sind die Neonazis im Vogtland nicht auf öffentliche Sportplätze oder ähnliches angewiesen. Von verfügbaren rechtlichen Mitteln wurde bisher kaum Gebrauch gemacht. Nur 2005 und 2009 wurde der Ablauf des »Gedenkturniers« durch Polizei und Ordnungsbehörden empfindlich gestört.

Vom Mitläufer zum Täter – ein Weg, den einige Teilnehmer des Gedenkturniers schon gegangen sind und andere noch gehen werden.

Peter Geyer

V.i.S.d.P.: Peter Giersich
Redaktion: Landesvorstand Sachsen
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de